

Zeitschrift: Tsantsa : Zeitschrift der Schweizerischen Ethnologischen Gesellschaft
= revue de la Société suisse d'ethnologie = rivista della Società svizzera d'etnologia

Herausgeber: Schweizerische Ethnologische Gesellschaft

Band: 2 (1997)

Artikel: Die Position der indigenen Völker in den Landnutzungskonflikten in Britisch Kolumbien, Kanada

Autor: Wallner, Astrid

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1007511>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Position der indigenen Völker in den Landnutzungskonflikten in Britisch Kolumbien, Kanada

Astrid Wallner

Die Anzahl der Landnutzungskonflikte in der kanadischen Provinz Britisch Kolumbien hat in den letzten 15 Jahren drastisch zugenommen. Die meisten dieser Konflikte stehen im Zusammenhang mit den grossflächigen Kahlschlägen in dieser Provinz: Britisch Kolumbien enthält ein Fünftel der bewaldeten Fläche Kanadas und produziert daraus jährlich die Hälfte des nationalen Holzvolumens (Brazil of the North 1993: 6). Gegen diese masslose Ausbeutung der Natur hat sich eine starke Opposition gebildet. Die dadurch entstandenen Konflikte werden in den Medien häufig als Interessenkonflikte zwischen Vertretern der Forstindustrie und des Umweltschutzes dargestellt, in welchen Entwicklung gegen Erhaltung und Schutz steht. Die Lösungen scheinen offensichtlich zu sein: Kahlschläge oder öffentliche Naturparks. In Wirklichkeit sind diese Konflikte jedoch weit komplexer, da auch die von den Abholzungen betroffenen indigenen Völker eine wichtige Rolle in den Auseinandersetzungen spielen. Häufig

finden die Konflikte zwischen den Forstfirmen und den Umweltschützern auf Gebieten statt, die Gegenstand von Landrechtsforderungen der indigenen Völker sind. Mitte der 80er Jahre kam es in verschiedenen Gebieten Britisch Kolumbiens zu heftigen Konfrontationen zwischen der Forstindustrie und einer Koalition aus Umweltschützern und indigenen Nationen¹. Während jedoch die Umweltschützer den Schutz der Wälder und unberührter Gebiete fordern, wollen die Indigenen mehr als «nur» die Rettung der Bäume: sie fordern die Anerkennung ihrer indigenen Rechte und ihre ökonomische Unabhängigkeit, wofür die Kontrolle der Ressourcen eine der wichtigsten Voraussetzungen ist.

Im Sommer 1993 kam es in Clayoquot Sound auf Vancouver Island nach einem Landnutzungsentscheid der Provinzregierung erneut zu heftigen Konfrontationen zwischen Umweltschützern und einer Forstfirma. Clayoquot Sound ist Teil des traditionellen Territoriums des Volkes der

¹ Die Indigenen Britisch Kolumbiens bezeichnen sich selbst als *tribes*, *peoples*, *first nations* oder *tribal groups*, wobei die Verwendung dieser Begriffe nicht immer eindeutig ist. Im Folgenden wird der Begriff «indigene Nationen» verwendet.

Nuu-chah-nulth². Sie hatten 1983 bei der kanadischen Bundesregierung eine Landforderung für ihr gesamtes Territorium eingereicht. Die Nuu-chah-nulth beteiligten sich während der Auseinandersetzungen nicht an den Strassenblockaden und den verschiedenen Protestaktionen der Umweltschützer, sondern planten ihre eigenen Aktionen. Haben die Umweltschützer damit ihren bisher wichtigsten Allianzpartner in der Naturschutzdebatte verloren?

Indigene Landrechte in Britisch Kolumbien

Im Gegensatz zu den anderen kanadischen Provinzen wurden in Britisch Kolumbien während der Kolonialzeit, bis auf wenige Ausnahmen, keine Landabtretungsverträge zwischen den Indigenen und der britischen Kolonialmacht ausgehandelt. Da das Land weder erobert, noch von den indigenen Nationen aufgegeben oder an die Kolonialmacht abgetreten worden war, betrachten sich die indigenen Nationen Britisch Kolumbiens als die rechtmäßigen Besitzer des Landes. Sie fordern deshalb die Klärung der Landrechtsverhältnisse und die damit verbundene Verhandlung moderner Landrechtsverträge, bevor die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen weiter voranschreitet.

Mit dem Beitritt der Kolonie Britisch Kolumbien zur kanadischen Konföderation 1871 übernahm die Bundesregierung die gesetzgeberische Autorität über die Indianer und das für sie reservierte Land, wodurch die Indianer zu Mündeln des Staates degradiert wurden. 1876 erhielt die Bundesregierung mit der Schaffung des *Indian Act* sogar ein spezielles Gesetzeswerk, mit welchem sie die indigenen Nationen Kanadas bis heute verwaltet. Die Indianer wurden von den Wohlfahrtsgeldern des Bundes abhängig; und indem man ihnen den Zugang zu den Ressourcen verwehrte, wurden sie von der ökonomischen Entwicklung ausgeschlossen. Die

Provinzregierung, die für die Verwaltung des restlichen Landes zuständig ist, versuchte die Reservate möglichst klein zu halten. Verschiedene indigene Nationen sandten Delegationen nach Victoria und Ottawa, wo sie nicht nur die Vergrößerung der Reservate forderten, sondern auch Geldkompensationen für das restliche Land, bestimmte Jagd- und Fischereirechte sowie eine umfassende Erziehungs- und Gesundheitsversorgung. Sowohl die Provinz- als auch die Bundesregierung weigerten sich aber, über irgendwelche Forderungen zu verhandeln. 1926 wurde der *Indian Act* um einen Paragraphen erweitert, der es den Indianern untersagte, Geld zu sammeln, um die in den Landforderungsfällen anfallenden Prozesskosten zu decken (Tennant 1990: 12). Außerdem machte sich jede Person strafbar, welche die Indianer in ihren Forderungen unterstützte. Die Organisation der *Allied Indian Tribes of British Columbia*, zu der sich zehn Jahre zuvor verschiedene Stammesgruppen zusammengeschlossen hatten, um eine gerichtliche Behandlung der Landrechtsfrage zu fordern, konnte ohne die nötigen Geldmittel nicht weiter existieren. 1951 wurde dieser Paragraph wieder aufgehoben, wohl in der Annahme, die Indianer hätten in der Zwischenzeit die Nutzlosigkeit ihrer Landforderungen eingesehen.

Eine Wende in der Landrechtspolitik trat mit dem Urteil im sogenannten *Calder-Case* ein. 1969 reichten die Nisga'a eine Anklage gegen die Provinzregierung Britisch Kolumbiens ein. Sie verlangten vom Gericht eine Bestätigung, dass «their aboriginal title, otherwise known as the Indian title [...] to their ancient tribal territory [...] has never been lawfully extinguished» (zitiert nach Tennant 1990: 219). Der Fall kam bis vor das kanadische Bundesgericht, wo 1973 sechs von sieben Richtern entschieden, dass das englische Gesetz zur Zeit der Kolonisation die indigenen Landtitel anerkannte: «The fact is that when the settlers came the Indians were there, organized in societies and occupying the land as their forefathers had done for centuries. This is what Indian title

² Besser bekannt unter dem Namen Nootka. Diese Namengebung stammt von Cook, beruht jedoch auf einem sprachlichen Missverständnis. Siehe dazu Tennant (1990: 4).

means» (zitiert nach Tennant 1990: 221). Nach diesem Entscheid des Bundesgerichts erklärte sich die Bundesregierung bereit, die indigene Landrechtsfrage in all jenen Gebieten Kanadas, in welchen keine Verträge abgeschlossen worden waren, zu regeln.

1982 erfolgte erstmalig eine konstitutionelle Anerkennung der indigenen Rechte mit der Einführung des Absatzes 35 in die neue Bundesverfassung. Damit sind die indigenen Nationen die einzigen Gruppen innerhalb der kanadischen Gesellschaft, die auf dem Land der jeweiligen Provinz konstitutionell anerkannte und geschützte Jagd- und Fischereirechte haben.

Als 1991 Ronald Sparrow angeklagt wurde, durch das Fischen ausserhalb des Reservats gegen das Fischereirecht verstossen zu haben, bestätigte das kanadische Obergericht, dass der Absatz 35 (1) bedeutet, dass das indigene Recht, für Selbstversorgung und für zeremonielle Anlässe zu jagen und zu fischen, auch in Gebieten gilt, in welchen keine Landrechtsverträge abgeschlossen worden waren (Tennant 1990: 225). Die Provinzregierung Britisch Kolumbiens hatte bis dahin die Ansicht vertreten, dass keine indigenen Besitztitel oder spezielle Rechte existieren und dass – falls solche Rechte dennoch existieren sollten – diese nur in den Reservaten gelten. Nach diesen beiden Gerichtsentscheiden konnte sich die Provinzregierung jedoch den Landrechtsforderungen der indigenen Nationen Britisch Kolumbiens nicht mehr entziehen.

Im Juni 1991 legte eine extra dafür geschaffene Arbeitsgruppe neunzehn Vorschläge für eine offene, faire und freiwillige Durchführung der Verhandlungen vor. Der Bericht dieser Arbeitsgruppe wurde sowohl von den indigenen Nationen wie auch von der Bundes- und der Provinzregierung angenommen. Der damalige Minister für indigene Angelegenheiten der Provinzregierung versicherte den indigenen Führern an einer Pressekonferenz: «The provincial government recognizes the political legitimacy of aboriginal title

and the inherent right to self-government» (*Ha-Shilth-Sa*, 24. Dezember 1991). Ein Jahr später wurde das *British Columbia Treaty Commission Agreement* unterzeichnet, womit sich die Bundes- und die Provinzregierung verpflichteten, die indigenen Nationen als gleichgestellte Partner zu akzeptieren und somit auf einer Beziehungsbasis von Regierung zu Regierung über deren Forderungen zu verhandeln. Es folgte die Schaffung der *Treaty Commission*, die den Auftrag hatte, ein Konzept für die Vorgehensweise bei den Landrechtsverhandlungen zu erarbeiten. Dieses Konzept umfasst sechs Schritte: In einem ersten Schritt reichen die indigenen Nationen bei der *Treaty Commission* eine Erklärung ein, in der sie ihre Absicht, einen Vertrag auszuhandeln, bekannt geben. In einem zweiten Schritt werden die Verhandlungen vorbereitet. Die Parteien bestimmen ihre Verhandlungsteams und stellen eine Liste der zu verhandelnden Themen auf. Als dritter Schritt erfolgt die Ausarbeitung eines Rahmenabkommens, in welchem sich die Parteien über die zu verhandelnden Themen einigen müssen. Die Ausarbeitung der Hauptpunkte, die die Basis des Vertrags bilden, die Verhandlungen über die endgültige Form des Vertrags und seine Inkraftsetzung bilden die weiteren Schritte. Seit Dezember 1993 können die indigenen Nationen ihre Absichtserklärungen betreffend Landrechtsverhandlungen bei der Vertragskommission einreichen. Innerhalb eines Jahres hatten ca. 65% aller indianischen Nationen Britisch Kolumbiens eine Absichtserklärung eingereicht (*Ha-Shilth-Sa*, 15. November 1994).

Forstwirtschaftliche Nutzung in Kanada und Britisch Kolumbien

Die Forstwirtschaft ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige Kanadas. Beinahe die Hälfte der kanadischen Landmasse ist von Wäldern unterschiedlicher Zusammensetzung bedeckt. Das breite Band des borealen Nadelwaldes erstreckt sich vom Nordwesten des Landes quer über den ganzen Kontinent bis zur Ostküste und umfasst etwa 80% des kanadischen Waldbestandes. Der überaus produktive gemässigte Regenwald an der Westküste Kanadas und der subalpine Waldbestand im Binnenland der Provinz Britisch Kolumbien sind weitere wichtige Forstregionen. 1993 stellte Kanada 51% des weltweiten Exports an Weichholz, wobei 34% allein aus Britisch Kolumbien stammten (COFI 1992: 6). 64% der gesamten Waldfläche Kanadas werden als nutzbar eingestuft. Der grösste Teil dieser Waldflächen (92%) ist im Besitz der öffentlichen Hand und wird als sogenanntes *crown land* bezeichnet. Die Einschlaglizenzen für diese Gebiete werden durch die jeweiligen Provinzregierungen in der Form von *Tree Farm Licences* (TFL) mit einer Pachtzeit von 25 Jahren vergeben. Der Pächter erhält auf diesem Pachtgebiet das exklusive Einschlagsrecht, ist aber verpflichtet, dem Forstministerium alle fünf Jahre einen genauen Plan vorzulegen, in dem sämtliche geplanten Arbeiten inklusive geplante Strassen und Wiederaufforstungen aufgezeigt werden. Dadurch soll die Einhaltung der Prinzipien nachhaltiger Forstwirtschaft garantiert werden. Das Konzept der nachhaltigen Forstwirtschaft wurde nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt. Bis dahin hatte man den Wald in Kanada als eine unerschöpfliche Ressource betrachtet, doch als die Nachfrage nach Holzprodukten nach 1945 anstieg, führten die Forstfirmen neue Technologien ein, wodurch die Abholzungsarbeiten effizienter ausgeführt werden konnten, was zu einer

Produktivitätssteigerung der Unternehmungen führte. Das Konzept der nachhaltigen Nutzung beinhaltet die Festlegung einer jährlichen Einschlagrate, die mit dem jährlichen Wachstum des Waldes im Gleichgewicht stehen sollte (Gremminger 1985: 15). In Britisch Kolumbien wurden vor allem die am leichtesten zugänglichen Waldbestände der Küstenregion genutzt. Durch diese intensive Nutzung kam es zu Beginn der 70er Jahre in Britisch Kolumbien trotz des nachhaltigen Forstwirtschaftskonzepts erstmals zu einer spürbaren Verknappung der Waldressourcen, da im Durchschnitt lediglich 50% der abgeholt oder durch Waldbrand zerstörten Flächen wieder bepflanzt werden. Die übrigen Areale werden der natürlichen Regeneration überlassen. Da es sich vor allem entlang der Küste um ein sehr niederschlagsreiches Gebiet handelt, wird die freigelegte Humusschicht weg gewaschen. Somit bleibt eine Aufforstung, die meist erst ein paar Jahre nach dem Kahlschlag vorgenommen wird, in vielen Fällen erfolglos. Die starke Bodenerosion wirkt sich auch auf die Fischerei aus. Da bis zu den Flussufern hin abgeholt wird, wird das erodierte Material ungehindert in die Flüsse geschwemmt, welche zunehmend verschüttet werden. Die Lachse haben dadurch oft keine Möglichkeit, zu ihren Laichplätzen flussaufwärts zu gelangen. Das ökologische Bewusstsein ist seit den 70er Jahren stark gestiegen, und viele Forsttätigkeiten, allen voran grossflächige Kahlschläge werden heute von der Öffentlichkeit in Frage gestellt.

Der Landnutzungskonflikt in Clayoquot Sound

Die Nuu-chah-nulth leben an der Westküste von Vancouver Island. Ihr Territorium umfasst etwa die Hälfte der Grösse der Schweiz. 80% dieses Territoriums befinden sich in der Form von Einschlaglizenzen im Besitz der Forstindustrie, nur 0,5%

sind Reservatsland. Die Nuu-chah-nulth bilden 44% der gesamten Bevölkerung dieses Gebietes. Sie teilen ihr Territorium in drei Regionen: Nordregion, Zentralregion und Südregion. Clayoquot Sound befindet sich in der Zentralregion. Die meisten der Nuu-chah-nulth leben in den vier verschiedenen Reservaten, einige wenige leben im Dorf Tofino, das ca. 1000 Einwohner zählt. Fischfang und Tourismus bilden die wichtigsten Wirtschaftssektoren. Das nächste Dorf, Ucluelet, befindet sich 40 Kilometer weiter südlich, bereits ausserhalb der Grenze von Clayoquot Sound, aber noch in der Zentralregion der Nuu-chah-nulth. Neben Fischfang und Tourismus spielt hier vor allem die Forstindustrie eine sehr wichtige Rolle. Clayoquot Sound umfasst eine Fläche von 262'000 ha (ohne Seen und Meer), was in etwa der Fläche des Kantons Tessin entspricht. Ca. 92% der Fläche von Clayoquot Sound sind bewaldet, wobei es sich zur Hälfte um gemässigten Regenwald handelt. Es ist das grösste zusammenhängende Gebiet des gemässigten Regenwaldes von Vancouver Island (Sierra Club 1993: 26). Bis 1860, dem Beginn des kommerziellen Holzschlags, bedeckten die gemässigten Regenwälder fast drei Viertel von Vancouver Island. Innerhalb von hundert Jahren wurde ein Drittel davon gefällt. Weitere dreissig Jahre später, 1990, existierte nur noch ein Drittel des ursprünglichen Regenwaldes auf Vancouver Island.

Weltweit bedecken gemässigte Regenwälder heute nur noch ca. 0,2% der Landmasse. Sie sind nur in den niederschlagsreichen Gebieten der gemässigten Zonen anzutreffen: in Chile, Tasmanien, Neuseeland, Norwegen und an der Westküste Nordamerikas. Hier befindet sich ca. die Hälfte der weltweit vorhandenen gemässigten Regenwälder. Durch die massiven Regenfälle – die Niederschlagsmenge beträgt hier im Jahresdurchschnitt 2000 mm – entsteht ein Klima, das zu idealen Wachstumsbedingungen führt. Die Bäume erreichen eine Höhe von über 100 Metern und ein Alter von 300 bis 800 Jahren. Nach ihrem Absterben erfüllen die

am Boden liegenden Bäume eine wichtige ökologische Funktion, indem vorhandene Nährstoffe durch den organischen Abbau freigesetzt werden. Die abgestorbenen Bäume dienen so noch während ca. 500 Jahren als Nährstofflieferanten für Pilze, Moos, Flechten, Farne, Kräuter, Sträucher, Insekten, Vögel, Säugetiere, Amphibien sowie unzählige Bakterien und Mikroorganismen. Vergleicht man den gemässigten mit dem tropischen Regenwald, so verfügt der tropische Regenwald über eine grössere Artenvielfalt, produziert aber weniger Biomasse pro Hektare (Sierra Club 1993: 11).

Die Umweltschutzbewegung in Clayoquot Sound entwickelte sich 1980, als die Forstfirma MacMillan Bloedel, die durch die Tree Farm Licence #44 die ausschliesslichen Einschlagrechte für die Hälfte von Clayoquot Sound besitzt, mit der Abholzung des Regenwaldes auf Meares Island beginnen wollte. MacMillan Bloedel hatte die Einschlaglizenz in den 50er Jahren einer amerikanischen Firma abgekauft. Die Lizenz enthielt folgende Formulierung: «No logging should take place on all Indian land, plots and gardens and logging should not be used to prejudice of any public or existing private rights» (Western Canada Wilderness Committee 1985: 53). Als die Bewohner von Tofino 1980 erfuhren, dass Meares Island abgeholtzt werden sollte, begannen sich einige Ortsansässige gegen dieses Projekt zu wehren und gründeten die Umweltschutzgruppe Friends of Clayoquot Sound (FOCS). Als Antwort auf die Bedenken der Öffentlichkeit setzte der damalige Forstminister eine Kommission ein, welche die Aufgabe hatte, die verschiedenen Abholzungsvorschläge zu überprüfen. Die Möglichkeit, überhaupt nicht abzuholzen (*no log option*) wurde zuerst nicht in die Überlegungen miteinbezogen. In der Kommission vertreten waren die beiden Forstfirmen, die die Einschlaglizenzen in Clayoquot Sound besitzen, MacMillan Bloedel und British Columbia Forest Products, die Gewerkschaft der Holzindustrie, vier Regierungsbeteilungen sowie die Ahousaht und die



Tla-o-qui-aht First Nations³, der Gemeinderat von Tofino und der Distrikt Alberni/Clayoquot Sound. Die Umweltschützer waren zu Beginn als Teilnehmer ausgeschlossen und wurden erst nach einer Appellation beim Ombudsmann Britisch Kolumbiens zugelassen. Nach einer weiteren Appellation beim Ombudsmann konnte die Kommission überlegen, welche Konsequenzen ein Schutz von Meares Island haben könnte. Während des dreijährigen Planungsprozesses wurde deutlich, dass es den Vertretern der Regierungsabteilungen nicht erlaubt war, von ihren vorgegebenen politischen Rahmenbedingungen abzuweichen. Davon profitierten vor allem die Forstfirmen, deren Interessen in diesen Rahmenbedingungen gut vertreten waren. Die Vertreter der Forstfirmen versuchten eine Alles-oder-Nichts-Situation zu schaffen, indem sie sich weigerten, auf Änderungen der Abholzungsbedingungen wie z.B. Verzicht auf Herbizidanwendung und keine Abholzung der Ufergebiete einzugehen. Nach über zwei Jahren trat die Firma MacMillan Bloedel aus dieser Planungskommission aus und legte dem Kabinett einen eigenen Vorschlag vor. Die Provinzregierung entschied 1983, dass 90% der Insel jetzt abgeholt werden dürfen und die Abholzung der letzten 10% um 20 Jahre aufgeschoben wird.

Im selben Jahr, als die Abholzungsabsichten von MacMillan Bloedel bekannt wurden und die Umweltschutzgruppe gegründet wurde, reichten die Nuu-chah-nulth eine Landrechtsforderung für ihr gesamtes Territorium bei der kanadischen Bundesregierung ein. Da die Landrechtsverhandlungen betreffend des Territoriums der Nuu-chah-nulth noch nicht begonnen hatten, deklarierten die Nuu-chah-nulth Meares Island im April 1984 als Tribal Park und erklärten damit die vollständige Erhaltung der Insel auf der Grundlage ihres Rechtsanspruchs. Im Oktober 1984, als die Abholzungen auf Meares Island beginnen sollten, errichteten sie eine Blockade, wobei sie von den Umweltschützern unterstützt wurden. Nach einer Konfron-

tation zwischen den Holzfällern und den Demonstrierenden kam es zu mehreren Gerichtsverhandlungen, bis das Berufungsgericht Britisch Kolumbiens entschied, die Abholzungserlaubnis bis auf weiteres für nichtig zu erklären, um den Nuu-chah-nulth Zeit zu geben, die Landrechtsfrage betreffend Meares Island durch das Obergericht entscheiden zu lassen.

Die Abholzungen im restlichen Gebiet von Clayoquot Sound gingen unterdessen weiter und so kam es immer wieder zu Konfrontationen zwischen Umweltschützern und MacMillan Bloedel. 1989 wandten sich der Gemeinderat und die Handelskammer von Tofino mit dem Vorschlag an die Provinzregierung, für Clayoquot Sound eine nachhaltige Entwicklungsstrategie auszuarbeiten. Dies sollte im Zusammenhang mit einem zweijährigen Abholzungsmoratorium stehen; gleichzeitig sollte das Schwergewicht vermehrt auf den Erlebnistourismus gelegt werden.

Nachdem in den folgenden Jahren mehrere Arbeitsgruppen immer wieder neue Vorschläge ausgearbeitet hatten und es mehrmals zu Unstimmigkeiten innerhalb der Arbeitsgruppen gekommen war, wurde im Oktober 1992 bei der Provinzregierung ein Vorschlag eingereicht, dem aber nicht alle Parteien zustimmten. Dieser Vorschlag teilte Clayoquot Sound grob in drei Zonen, wovon eine als Schutzgebiet bezeichnet war, eine als Waldgebiet mit kommerzieller Holzgewinnung und die dritte weder als das eine noch das andere. Die Provinzregierung erliess im April 1993 einen Landnutzungsplan für Clayoquot Sound, der das Gebiet ebenfalls in drei Zonen gliederte: 45% wurden für Abholzungen freigegeben, 33% sollten geschützt werden, 17% wurden als speziell genutzte Gebiete bezeichnet, in welchen Abholzungen zum Teil erlaubt sind, aber der Schutz der Wildtierbestände und Erholungszentren Vorrang haben sollte. Entlang der Straßen und der Küste sollten sogenannte *scenic corridors* entstehen, Waldstreifen, die als Sichtschutz dienen sollten, so dass die für den Tourismus wichtigen Landschaften erhalten bleiben.

³ Die Ahousaht und die Tla-o-qui-aht First Nations sind zwei der 14 Gruppen, die zusammen den Nuu-chah-nulth Tribal Council bilden. Meares Island liegt im Territorium dieser beiden Gruppen.

Die Umweltschützer bezeichneten diesen Landnutzungsentscheid als noch schlimmer als denjenigen, der von der Arbeitsgruppe eingereicht worden war. Ihrer Ansicht nach wurde in diesem Entscheid zuviel Gewicht auf die Wahrung der forstwirtschaftlichen Interessen statt auf den Schutz des Ökosystems gelegt. Bereits einen Tag nach der Bekanntgabe des Entscheids kündigten die Umweltschutzorganisationen verschiedene Protestaktionen an, mit denen sie die Abholzungen stoppen und auf diese Weise Druck auf die Regierung ausüben wollten, bis letztere den Entscheid rückgängig mache und das ganze Gebiet in der Form eines Parks unter Schutz stelle. Die Nuu-chah-nulth erklärten, dass sie sich gegen jeden Entscheid wenden, der die Rechte der indigenen Nationen in dieser Region missachtet. Ein lokaler Politiker sagte in einem Zeitungsinterview: «We've tried to protect both the environmental base and jobs. We have indication from the NTC (Nuu-chah-nulth Tribal Council) that they may not be in agreement but they understand and appreciate having been consulted throughout the process» (*Times Colonist*, 20. April 1993). Demgegenüber erklärten jedoch die Nuu-chah-nulth: «We have never expressed support for this decision. [...] We have been overlooked in this whole process» (ebd.).

Sowohl die Umweltschützer als auch die Nuu-chah-nulth stellten sich gegen den Landnutzungsentscheid der Provinzregierung. Im Gegensatz zu den Ereignissen auf Meares Island kam es jedoch nicht zu einer Allianz zwischen diesen beiden Parteien, obwohl dies von den Umweltschützern angestrebt wurde. Um Druck auf die Regierung ausüben zu können, waren die Umweltschützer auf die Unterstützung der Öffentlichkeit angewiesen. Es wurden verschiedene Informationskampagnen gestartet, um die Bevölkerung über verschiedene Ungeheimnisse des Landnutzungsentscheids aufmerksam zu machen wie z. B. darauf, dass von den 33%, die als Schutzgebiet deklariert worden waren, bereits die Hälfte

vor dem Entscheid in der Form von Parks unter Schutz stand und die andere Hälfte zum einen aus Sumpfland und Gebüsch besteht und zum anderen aus Gebieten mit einer Hangneigung von 60% und mehr, wo das Abholzen sehr schwierig ist. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, sich mit Protestschreiben und der Teilnahme an Demonstrationen aktiv für den Schutz von Clayoquot Sound einzusetzen. Damit sich die Bevölkerung auch selbst ein Bild von dem durch Abholzung bedrohten Gebiete machen konnte, hatte eine Gruppe von Umweltschützern damit begonnen, einen Wanderweg durch das unwegsame Gebiet zu errichten, der von einem Kahlschlag aus in den gemässigten Regenwald hinein führt. Am 1. Juli 1993, dem kanadischen Nationalfeiertag, wurde das Clayoquot Friedenscamp eröffnet. In einem kahlgeschlagenen Gebiet, das direkt an der Hauptstrasse nach Tofino und Ucluelet liegt, stellten die Demonstranten ihre Zelte auf. In diesem Basislager konnten alle, die sich an den Blockaden beteiligen wollten, übernachten und sich verpflegen. Direkt an der Strasse wurde ein Informationssstand errichtet, an welchem sich die vorbeifahrenden Touristen über die Situation in Clayoquot Sound informieren konnten. Von Anfang Juli bis Ende September wurde die nahegelegene Forststrasse, die zum Holzeinschlaggebiet führte, jeden Morgen von Montag bis Freitag blockiert. Täglich spielte sich dieselbe Szene ab: nach dem Verlesen einer gerichtlichen Verfügung, die MacMillan Bloedel den Zugang zu den Einschlaggebieten erlaubte, wurden die Demonstranten aufgefordert, zur Seite zu treten. Wer dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde in Haft genommen. Den Verhafteten drohte ein Eintrag ins Strafregister sowie eine Geld- oder eine Gefängnisstrafe. Einmal kam es zu einer Massenverhaftung von 300 Personen. Innerhalb von drei Monaten wurden insgesamt über 750 Personen verhaftet. Neben diesen sehr medienwirksamen Aktionen vor Ort wurde auch auf der internationalen Ebene gearbeitet. Einzelne Umweltschutzgruppen versuchten, verschiedene Verlag-

sunternehmen zu einem Boykott von MacMillan Bloedel Produkten zu bewegen. Beim Europa-Parlament wurde ein Gesuch eingereicht, das einen Importstop von Holzprodukten aus Britisch Kolumbien, die nicht aus nachhaltiger Nutzung stammten, vorsah.

Obwohl indigene Nationen und Umweltschützer am selben Strang ziehen, wenn sie sich gegen die masslose Ressourcenausbeutung stellen, handelt es sich um eine sehr ambivalente Beziehung: Konflikte entstehen, sobald Indigene die Kontrolle über die Ressourcen fordern. Im Gegensatz zu den Umweltschützern haben die indigenen Nationen meist kein Interesse daran, ganze Gebiete mittels der Errichtung von Nationalparks zu schützen, da ihnen dadurch der Zugang zu diesen Gebieten und damit zu den Ressourcen verweigert wird. Die Nuu-chah-nulth und auch andere indigene Nationen stellen sich nicht primär gegen die Abholzungen, sondern fordern die Einführung nachhaltiger Nutzungsformen wie z.B. selektiver Holzschlag und ein Verbot für grossflächige Kahlschläge. Heute wird ein Grossteil der gefällten Bäume direkt exportiert, und die Verarbeitung findet erst im Ausland statt. Die indigenen Nationen, die in den Reservaten mit einer Arbeitslosigkeit von bis zu 80% konfrontiert sind, fordern deshalb, dass mehr lokale Arbeitsplätze im Bereich der Holzverarbeitung geschaffen werden.

Die Forderung nach der Schaffung eines Nationalparks war nicht der einzige Grund, weshalb die Nuu-chah-nulth sich weigerten, an den Aktionen der Umweltschützer teilzunehmen. Im Fall von Meares Island hatte es eine starke Allianz zwischen den Umweltschützern und den Nuu-chah-nulth gegeben, solange die Insel direkt von der Abholzung bedroht war. Aber als es um die Bezahlung der Gerichtskosten in einer Höhe von 1.2 Millionen Can\$ ging, standen die Nuu-chah-nulth plötzlich allein da. Obwohl die lokale Umweltschutzgruppe heute zum grössten Teil von Leuten gestellt wird, die 1985 nicht dabei waren, waren die Nuu-chah-nulth nach

diesen Erfahrungen nicht bereit, erneut eine solche Allianz einzugehen. Außerdem handelte es sich bei den Organisatoren der Protestaktionen im Jahre 1993 um mehrere Umweltschutzgruppen, deren Ziele mit Ausnahme der Konfrontation nicht immer dieselben waren. Die Vorgehensweise der Indigenen unterscheidet sich jedoch von derjenigen der Umweltschutzgruppen, wie das folgende Zitat eines Vertreters der Nuu-chah-nulth zeigt: «They are confrontational, they want things immediately. But we take our time [...] we have to talk to the elders, to make sure we get it right» (*The Edmonton Journal*, 26. Juni 1993). Die verschiedenen Umweltschutzgruppen suchten mehrmals das Gespräch mit den Nuu-chah-nulth, wobei sie voller Enthusiasmus ihre bereits geplanten Aktionen vorstellten und dabei nicht merkten, welch paternalistisches Verhalten sie gegenüber den Nuu-chah-nulth an den Tag legten. Die Nuu-chah-nulth erklärten an einem dieser Treffen, dass ihrer Meinung nach die verschiedenen Gruppen verschiedene Botschaften ausgesandt hatten. Für sie sei es aber wichtig, dass jede Gruppe genau verstehe, was die Nuu-chah-nulth von der Regierung fordern, denn sie seien nicht daran interessiert, von den Umweltschützern für deren Aktionen missbraucht zu werden. Die Nuu-chah-nulth forderten von jeder einzelnen Gruppe die Entscheidung, ob sie mit den Nuu-chah-nulth unter diesen Bedingungen zusammenarbeiten wollte oder nicht. Als erste gemeinsame Aktion schlugen die Nuu-chah-nulth ein Treffen mit den Vertretern der Forstindustrie vor. Dieser Vorschlag wurde von allen beteiligen Umweltschutzgruppen mit dem Argument abgelehnt, die Forstindustrie hätte bereits zu viel Schaden in den Wäldern angerichtet und es bestehe keine gemeinsame Gesprächsbasis. Dass die Kommunikation zwischen den Nuu-chah-nulth und den Umweltschützern häufig nicht funktionierte, geht aus einer Bemerkung hervor, die ein Vertreter der Nuu-chah-nulth machte, nachdem die Umweltschützer den Sitzungssaal verlassen hatten: «This is like

dating; they come here and talk to us and then they leave. We're just dating, but we're not in bed with them.» Die Umweltschützer, die sich nach diesem Treffen mit den anderen Mitgliedern ihrer Gruppe trafen, bezeichneten die Treffen mit den Nuu-chah-nulth jeweils als Erfolg: «The meeting has been very constructive, the understanding was great.»

Anstatt eine feste Allianz mit den verschiedenen lokalen Gruppen einzugehen, wandten sich die Nuu-chah-nulth an die in den USA ansässige Umweltenschutzzorganisation *Natural Resources Defence Council* (NRDC). Diese Organisation hatte ein paar Jahre zuvor in der Provinz Québec gemeinsam mit den Cree die zweite Etappe des Staudammprojekts James Bay verhindert, indem sie die USA dazu gebracht hatten, einen Energievertrag mit Kanada wieder aufzulösen. «This decision on Clayoquot Sound has left our First Nations no other alternative but to seek assistance and help in protecting our interests where we can because it's obvious that the Government ignored our concerns. NRDC did some good work for the Cree First Nations with regard to Hydro Quebec's Great Whale project. We have not invited these people to come and tell us what to do, but to come and talk about what we can do together. We are creating alliances to protect our children's future» (*Tla-o-qui-aht First Nations Press Release*, 8. Juni 1993). Hatte die Provinzregierung sich bis zu diesem Zeitpunkt geweigert, mit den Nuu-chah-nulth ein Gespräch über den Landnutzungsentscheid zu führen, war es nach einem Besuch des für den NRDC tätigen Anwalts Robert Kennedy Jr. in Clayoquot Sound eben gerade die Provinzregierung, die das Gespräch mit den Nuu-chah-nulth suchte. Während die Regierung in diesem Gespräch, die Nuu-chah-nulth von jeglichen rechtlichen Aktionen gegen die geplanten Abholzungsarbeiten abzuhalten versuchte, erklärten die Nuu-chah-nulth, dass sie vor Gericht gehen würden, wenn die Forstfirmen mit der Abholzung von Gebieten beginnen sollten, die die Nuu-chah-nulth unter Schutz stellen wollen. Sie

würden versuchen, eine gerichtliche Verfügung zu erlangen, die sämtliche Abholzungsarbeiten bis zur Lösung der Landrechtsfrage verbieten würde. Sollte die gerichtliche Verfügung nicht ausgesprochen werden, wären die Nuu-chah-nulth auch bereit, selbst eine Blockade zu errichten, wobei sie auf die Unterstützung internationaler Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen, verschiedener Regierungen und anderer indigener Nationen zählen könnten. Die Nuu-chah-nulth forderten die Regierung auf, ihr Versprechen einzulösen, und die indigenen Nationen als gleichgestellte Partner zu akzeptieren und auf einer sogenannten «government-to-government» Basis zu verhandeln – ein Vorgehen, dem die Regierung mit der Unterzeichnung des *Treaty Commission Agreement* zugestimmt hatte.

Nach diesem erfolglosen Gespräch reiste eine Delegation der Nuu-chah-nulth zum *Natural Resources Defence Council* nach Washington D.C., wo sie sich mit verschiedenen Senatsmitgliedern und Vertretern von Menschenrechtsorganisationen trafen. Nachdem die Möglichkeit eines Boykotts von Holzprodukten aus Britisch Kolumbien allgemein oder von einzelnen Firmen im Speziellen diskutiert worden war, reichten die Nuu-chah-nulth bei der UNO eine Klage gegen Kanada in Bezug auf den Clayoquot Sound Landnutzungsentscheid und die damit verbundene Diskriminierung der Nuu-chah-nulth ein. Dazu meinte ein Sprecher der Nuu-chah-nulth: «It's too bad we have to come to another country for assistance but there's no other options left for us in Canada» (*Times Colonist*, 23. September 1993). Aufgrund dieser Ereignisse erklärte sich der Premierminister Britisch Kolumbiens sofort zu Gesprächen mit den Nuu-chah-nulth bereit. Als Resultat der daraufhin eingeleiteten Gesprächsrunden wurde ein *Interim Measures Agreement* ausgearbeitet, wodurch es möglich wurde, die Ressourcen in Clayoquot Sound weiterhin zu nutzen, auch wenn die Landrechtsfrage noch nicht geklärt war. Durch dieses Abkommen wurde festgelegt, dass sämtliche Entscheidungen betreffs der

Land- und Ressourcennutzungen in Clayoquot Sound von der Provinzregierung und den Nuu-chah-nulth gemeinsam mittels einer neu geschaffenen Kommission getroffen werden. Nutzungspläne und – vorschläge müssen dieser Kommission vorgelegt werden, die dann über deren Ausführungen entscheidet. Mit dem *Interim Measures Agreement* erhielten die Nuu-chah-nulth ein vorläufiges Mitspracherecht in der Ressourcennutzung, doch ihr langfristiges Ziel bleibt der Abschluss eines Landrechtsvertrags. Nach der Einreichung einer Absichtserklärung bei der *Treaty Commission* am 15. Dezember 1993 begannen die ersten Vertragsverhandlungen zwischen den Nuu-chah-nulth, der Provinzregierung Britisch Kolumbiens und der kanadischen Bundesregierung im April 1995. Nachdem im März 1996 das Rahmenabkommen unterzeichnet wurde, laufen jetzt die Verhandlungen betreffs des grundlegenden Abkommens.

Allianzen und Partnerschaften

Mit der Geltendmachung der indigenen Landrechtsforderungen hat die Debatte um Arbeitsplätze und ökonomischen Gewinn versus Umweltschutz eine neue Richtung eingeschlagen. Indem die indigenen Nationen auf die spirituelle Bedeutung verschiedener Gebiete hinweisen, stärken sie die Umweltschützer in ihrem Argument der Erhaltung nicht-ökonomischer Werte. Die Glaubwürdigkeit des Anspruchs, dass ein Gebiet von heiliger und spiritueller Bedeutung ist, hängt von der Identität des Sprechers ab (Hornborg 1994: 252). Die Umweltschützer können den spirituellen Anspruch nicht für sich selbst geltend machen, sondern sind dabei auf die indigenen Nationen angewiesen. Vergleicht man die verschiedenen Landnutzungskonflikte, die in den 80er Jahren in Britisch Kolumbien entstanden sind, zeigt sich klar, dass es für die Umweltschützer wesentlich schwieriger ist, für den Schutz

eines Gebietes zu argumentieren, wenn in diesem Gebiet keine Landansprüche der indigenen Nationen bestehen (M'Gonigle 1988: 119).

Auch die indigenen Nationen können einzelne Argumente der Umweltschützer für sich einsetzen, indem sie z.B. erklären, dass die beabsichtigte Ressourcennutzung nicht dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung entspricht. Durch die gegenseitige Übernahme einzelner Argument ist eine «begriffliche Symbiose» (Hornborg 1994: 246) entstanden. Doch da die Umweltschützer die Erhaltung des Ökosystems an erster Stelle sehen, während die indigenen Nationen den Zugang und die Mitsprache bei der Ressourcennutzung als prioritäres Ziel verfolgen, ist eine weiterführende Allianz beider Parteien kaum möglich. Dass die indigenen Nationen andere Ziele verfolgen als die Umweltschützer kommt in der *Indigenous Peoples Earth Charter*⁴ klar zum Ausdruck:

«40. There must be some control placed upon environmental groups who are lobbying to protect our territories and the species within those territories. In many instances, environmental groups are more concerned about animals than human beings. We call for indigenous peoples to determine guidelines prior to allowing environmental groups in their territories.

41. Parks must not be created at the expense of indigenous peoples. There is no way to separate indigenous peoples from their lands.» (Kollektiv 1992: 58)

Die indigenen Nationen Britisch Kolumbiens befinden sich in einer sehr speziellen Situation, da in dieser Provinz im Gegensatz zu den anderen kanadischen Provinzen keine Landabtretungsverträge unterzeichnet worden waren. Den indigenen Nationen wurden kleine Landstücke als Reservate zugewiesen, was dazu führte, dass heute eine grosse Anzahl von Kleinstreservaten existiert. Die Reservate bieten nicht genug Platz für Wohnhäuser, und wirtschaftliche Tätigkeiten sind unmöglich, da keine natürlichen Ressourcen vorhanden sind. Durch die Landrechtsverhandlungen sehen die indigenen Nationen eine

⁴ Während der UNO-Umweltkonferenz in Rio de Janeiro 1992 hielten die Vertreter indigener Nationen der ganzen Welt eine eigene Konferenz ab und erarbeiteten die *Indigenous Peoples' Earth Charter*.

Möglichkeit, Zugang zu den natürlichen Ressourcen ausserhalb der Reservate zu erhalten und durch die Nutzung dieser Ressourcen ökonomisch unabhängig zu werden. Ökonomische Unabhängigkeit ist eine Voraussetzung für die von den indigenen Nationen angestrebte politische Autonomie. Die Idee der vollumfänglichen Erhaltung ganzer Gebiete wird von den indigenen Nationen Britisch Kolumbiens nicht unterstützt (Nathan 1993: 156). In Gebieten, die sie vor der Ausbeutung der Ressourcen schützen wollen, fordern die indigenen Nationen die Schaffung von *Tribal Parks*, in welchen sie das Recht haben, die Ressourcen für traditionelle Zwecke zu nutzen wie z. B. das Sammeln von Heilkräutern oder das Fällen eines Baumes für die Herstellung eines Kanus. In den anderen Gebieten fordern die indigenen Nationen eine Änderung der Abholzungsmethoden. Die Kahlschläge sollen durch nachhaltige Nutzungsformen wie die des selektiven Holzschrags ersetzt werden. Außerdem soll die Verarbeitung des Holzes im eigenen Land stattfinden.

Die Umweltschützer unterstützen die Forderung nach nachhaltigen Nutzungsmethoden sehr. Doch immer wieder äussern sie ihre Bedenken, dass die indigenen Nationen die ökonomische Entwicklung über den ökologischen Schutz stellen könnten.

Ein Gefühl der Unsicherheit und der Angst existiert auch auf der Seite der Forstindustrie. Solange die Landrechtsfrage nicht geklärt ist, ist es für die Forstindustrie sehr schwer, neue Gebiete für Abholzungen zu erschliessen. Einerseits hat sie also ein Interesse daran, dass die Verhandlungen vorangetrieben werden, andererseits ist ungewiss, wie die Situation der Forstindustrie nach einer Regelung der Landrechtsfrage aussehen wird. Unter wessen Zuständigkeitsbereich die Wälder nach den Verhandlungen fallen, ist den Forstunternehmern nicht so wichtig: «We don't care if the government owns the timber or if the natives own the timber. We don't care who collects the economic rents when we harvest, as long as the rights

are rights to go in and cut and remove the timber for our mills» (ein Vertreter der Forstfirma Interfor, persönliche Mitteilung). Es besteht jedoch die Furcht, dass bei einer Zusprechung grosser Landgebiete an die indigenen Nationen Einschlaglizenzen verloren gehen könnten, neue Regulierungen bürokratisch und kompliziert gehandhabt würden, die von den Indigenen betriebenen Unternehmen im komplexen Weltmarkt nicht mithalten könnten und die Ressourcen nicht effizient genutzt würden. Da die Vertragsverhandlungen nur zwischen den jeweiligen indigenen Nationen, der Provinz- und der Bundesregierung stattfinden, haben die Forstunternehmer kein direktes Mitspracherecht. Sämtliche Drittparteien sind durch das *Third Party Advisory Committee*, d. h. durch die Regierung in den Verhandlungen vertreten.

Nachdem die Nuu-chah-nulth erklärt hatten, dass sie nicht generell gegen die Abholzungen sind, boten die beiden in Clayoquot Sound tätigen Forstunternehmen unabhängig voneinander den Nuu-chah-nulth die Gründung von Partnerschaftsunternehmen an. Meines Erachtens erhofften sich beide Firmen durch diese Zusammenschlüsse ihre eigenen Interessen an den Verhandlungstisch zu bringen. Doch für die indigenen Nationen ist klar, dass die Schaffung von Partnerschaftsunternehmen kein Ersatz für indigene Rechte und Landtitel ist.

Wie die Ressourcennutzung nach einem Abschluss der Vertragsverhandlungen aussehen wird, ist noch ungewiss. Cassidy und Dale (1988) haben in einer Studie drei mögliche Szenarien vorgestellt. Im ersten Szenario steht die ökonomische Entwicklung der natürlichen Ressourcen im Zentrum. Die Landrechtslösungen würden sich hier auf die Bedingungen konzentrieren, die zur Erhöhung des Anteils der Indigenen an den ökonomischen Gewinnen erforderlich sind. Zwischen indigenen Nationen und einzelnen Firmen würden dauerhafte Beziehungen entstehen, wodurch die indigenen Nationen zu gleichgestellten Handelspartnern würden. Die

Wirtschaft wäre durch eine grössere Stabilität gekennzeichnet, da die Ressourcennutzung nicht mehr durch Gerichtsverhandlungen, vorübergehende Nutzungsstops und widersprüchliche Besitzforderungen belastet wäre. Die indigenen Nationen würden von einer grösseren Grundlage an Kapital, Einkommen, Ressourcen und Land profitieren, wodurch weitere soziale und ökonomische Ziele erreicht werden könnten. Die Interessen des Umweltschutzes würden dabei für die indigenen Nationen zweitrangig werden. Im zweiten Szenario wird die Landrechtsfrage soweit gelöst, dass eine begrenzte Form der Sicherheit in den politischen und ökonomischen Sektoren der Provinz geschaffen werden könnte. Es käme zu beträchtlichen Kompensationszahlungen an die indigenen Nationen und an die Industrie und teilweise zu Besitzüberschreibungen einzelner Landgebiete an die indigenen Nationen. In verschiedenen Fällen würden sich die betroffenen Parteien im Bereich der Ressourcennutzung zusammenschliessen, in anderen Fällen würden sie sich weiterhin als Gegner gegenüberstehen. Im dritten Szenario basiert die Lösung der Landrechtsfrage auf der Anerkennung der indigenen Titel und Rechte. Die indigenen Nationen erhielten die Kontrolle über weite Landgebiete. Sie hätten die Möglichkeit, diese Gebiete vor den Interessen der Industrie zu schützen und selbst über das Ausmass der Nutzung zu bestimmen. Dieses Szenario scheint den gegenwärtigen Wünschen der meisten indigenen Nationen am nächsten zu kommen. Die beiden Autoren dieser Studie kommen zu dem Schluss, dass die meisten der indigenen Nationen nach der Lösung der Landrechtsfrage in dieser Form sowohl ökonomische wie auch erhaltende Massnahmen ergreifen werden, was durch die beiden folgenden Aussagen bestätigt wird: «We won't stop logging and fishing when we get control, but we will do it in a manner more conducive to the environment. We won't take as much. There's no reason for clearcutting» (Frank Collison, Vice President of the Council of Haida Nations,

zitiert nach Shapcott 1989: 77).

«We are changing with the time along with everyone else. And that means some economic development and logging. There are definitely areas we want to preserve. But we don't support the idea of complete preservation. There is a need for consultation on all sides» (Francis Frank, Nuuchah-nulth, zitiert nach Nathan 1993: 156).

Erhalten die indigenen Nationen in verschiedenen Gebieten Britisch Kolumbiens die Kontrolle über die Ressourcennutzung, wird sich zeigen müssen, ob die Umweltschützer bereit sind, die Entscheide der indigenen Nationen im Bereich der Ressourcennutzung zu akzeptieren. Doch trotz Konflikten zwischen indigenen Nationen und Umweltschutzgruppen verbindet diese beiden Parteien der gemeinsame Glaube daran, dass eine grundlegende Änderung in der Machtverteilung bei den Entscheidungsprozessen in der Ressourcennutzung stattfinden muss.

Literatur

- CASSIDY Frank, DALE Norman
 1988. *After Native Claims? The Implications of Comprehensive Claims Settlements for Natural Resources in British Columbia*. Lantzville: Oolichan Books.
- COFI (COUNCIL OF FOREST INDUSTRIES OF BRITISH COLUMBIA)
 1992. *British Columbia Forest Industry Fact Book - 1992*. Vancouver: COFI.
- GREMMINGER Thomas
 1985. *Forest Policy and Practice in British Columbia with Special Reference to the Task in the Squamish-Whistler Area*. Diplomarbeit in Geographie. Zürich: Geographisches Institut.
- HORNborg Alf
 1994. «Environmentalism, Ethnicity and Sacred Places: Reflections on Modernity, Discourse and Power». *Canadian Review of Sociology and Anthropology* (Toronto) 31(3): 245-267.
- KOLLEKTIV
 1992. «Kari-Oca Declaration and Indigenous Peoples Earth Charter». *IWGIA Newsletter* (Copenhagen) 4: 57-61.
- M'GONIGLE Michael R.
 1988. «Native Rights and Environmental Sustainability: Lessons from the British Columbia Wilderness». *Canadian Journal of Native Studies* (Brandon, Manitoba) 8(1): 107-130.
- NATHAN Holly
 1993. «Aboriginal Forestry: The Role of the First Nations», in: Ken DRUSHKA et al. (eds), *Touch Wood: BC Forests at the Crossroads*, p. 137-170. Madeira Park (B.C.): Harbour Publishing.
- SHAPCOTT Catherine
 1989. «Environmental Impact Assessment and Resource Management, a Haida Case Study: Implications for Native People of the North». *Canadian Journal of Native Studies* (Brandon, Manitoba) 9(1): 55-83.
- SIERRA CLUB
 1993. *Ancient Rainforests at Risk: Final Report of the Vancouver Island Mapping Project*. Victoria (B.C.): Sierra Club.

TENNANT Paul
 1990. *Aboriginal Peoples and Politics: The Indian Land Question in British Columbia, 1849-1989*. Vancouver: University of British Columbia Press.

WESTERN CANADA WILDERNESS COMMITTEE

1985. *Meares Island - Protecting a Natural Paradise*. Vancouver: Western Canada Wilderness Committee.

Pressequellen

- Brazil of the North*, Zeitschrift der Canada's Future Forest Alliance, Ausgabe Januar 1993.
- Ha-Shilth-Sa*, Port Alberni, Nuu-chah-nulth Tribal Council.
- The Edmonton Journal*, Edmonton (Alberta).
- Times Colonist*, Victoria (B.C.).
- Tla-o-qui-aht First Nations Press Release*, 8. Juni 1993.

Abstract

This article focuses on a land use conflict in Clayoquot Sound, British Columbia. In 1985, a strong alliance of conservationists and Indigenous Peoples was able to prevent the logging of Meares Island, which is part of the traditional territory of the Nuu-chah-nulth tribe. After the land use decision for Clayoquot Sound was reached by the government of British Columbia, several conservationist organizations tried to form a similar alliance with the Nuu-chah-nulth. However, this time the Nuu-chah-nulth did not join the blockade organized by the conservationists. While the latter sought to have all of Clayoquot Sound declared a national park zone, the Nuu-chah-nulth wanted to be involved in decision-making and participate in resource management.

This article analyzes these contradictory positions. First Nations have clearly stated that economic development is important for their communities, which are facing unemployment rates reaching 80%. Conservationists have expressed concerns that Indigenous communities may put economic needs over ecological preservation if they obtain control over large tracts of land. Although there is a high potential for conflict between First Nations and conservationist groups, they nevertheless share common ground, namely the belief in the need for a fundamental restructuring of the distribution of power in society.

Autorin

Astrid Wallner, geb. 1968 in Zug, studierte Ethnologie, Geographie und Volkskunde an der Universität Zürich. 1993 führte sie während neun Monaten eine Feldforschung in Clayoquot Sound durch. Sie schloss 1996 ihr Studium mit einer Lizentiatsarbeit zum Thema Landnutzungskonflikte in Britisch Kolumbien ab.